

Art. 12 - Unser Premierminister, Unser Vizepremierminister und Minister der Wirtschaft, Unser Minister der Volksgesundheit, Unser Minister der Kleinen und Mittleren Betriebe, Unser Minister des Transportwesens und Unser Staatssekretär für Umwelt sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 26. September 1997

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Premierminister

J.-L. DEHAENE

Der Vizepremierminister und Minister der Wirtschaft

E. DI RUPO

Der Minister der Volksgesundheit

M. COLLA

Der Minister der Kleinen und Mittleren Betriebe

K. PINXTEN

Der Minister des Transportwesens

M. DAERDEN

Der Staatssekretär für Umwelt

J. PEETERS

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 19 mei 1998.

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 19 mai 1998.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

L. TOBBACK

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

L. TOBBACK

**GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 98 — 1884

[C - 98/33043]

**9. JANUAR 1998 — Erlaß der Regierung über
die Anerkennung und den Zuschuß für juristische Personen,
die sich zur stationären oder ambulanten Betreuung von Jugendlichen bereit erklären**

Die Regierung Der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993 und 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 30. Juni 1994;

Aufgrund des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe, insbesondere der Artikel 32 und 37, abgeändert durch das Programmdekret vom 20. Mai 1997 und des Artikels 32bis, eingefügt durch das Programmdekret vom 20. Mai 1997;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom O6/O1/1998;

Aufgrund des günstigen Gutachtens der Finanzinspektion vom IO/12/1997;

In Erwägung des Gutachtens des Jugendhilferates;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3 § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung, daß das Programmdekret vom 20. Mai 1997 am 2. Juli 1997 in Kraft getreten ist und mehrere Bestimmungen im Dekret über die Jugendhilfe vom 20. März 1995 abändert;

Aufgrund der Tatsache, daß vorliegender Erlaß die Ausführungsbestimmungen des abgeänderten Dekretes über die Jugendhilfe vom 20. März 1995 enthält, die die Arbeitsweise und Funktion der Einrichtungen erneuert und Bestimmungen zur Bezuschussung der Einrichtungen enthält, muß vorliegender Erlaß unverzüglich in Kraft treten um eine Weiterarbeit der Einrichtungen zu garantieren und finanzielle Engpässe zu vermeiden.

Auf Vorschlag des Ministers für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,

Beschließt:

KAPITEL I. — *Allgemeines*

Artikel 1 - Vorliegender Erlaß regelt die Anerkennung und den Zuschuß für juristische Personen, im folgenden Einrichtungen genannt, die sich zu stationären und ambulanten Betreuungsmaßnahmen für Jugendliche aufgrund des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz und des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe, bereit erklären.

Unter Jugendlichen versteht man im Sinne des vorliegenden Erlasses jeden Jugendlichen in Anwendung des Dekretes vom 20. März 1995.

KAPITEL II. — *Anerkennung*

Art. 2 - Um anerkannt zu werden, müssen die Einrichtungen den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels entsprechen.

Art. 3 - § 1. Die Einrichtungen haben als Aufgabe, Jugendliche aufzunehmen, zu beobachten und zu erziehen. Außerdem kann die Einrichtung im Rahmen der Jugendhilfe mit der Betreuung von Jugendlichen, die außerhalb der Einrichtung in ihrer Familie oder selbständig unter Aufsicht wohnen, beauftragt werden.

Die Pädagogik der Einrichtung ist auf die Entfaltung, die Eigenverantwortlichkeit und die gesellschaftliche Integration der Jugendlichen auszurichten.

§ 2. Die Einrichtungen reichen ein ausführliches pädagogisches Konzept bei der Regierung ein, das unter anderem detailliert die Zielsetzung und Methodik, die Aufnahmekriterien, die Infrastruktur, die Besuchsregelung, die Funktionsbeschreibung des Personals und die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen beinhaltet.

Art. 4 - § 1. Die Einrichtung muß eine Aufnahmekapazität von mindestens 18 Jugendlichen aufweisen.

Für die im vorliegenden Erlaß erwähnte Aufnahmekapazität sind die außerhalb betreuten Jugendlichen den in der Einrichtung aufgenommenen Jugendlichen gleichgestellt.

§ 2. Die Aufnahme von Jugendlichen erfolgt im Rahmen der in einem Geschäftsführungsvertrag zwischen der Regierung und der Einrichtung festgelegten Aufnahmekriterien.

§ 3. Jede Unterbringung eines Jugendlichen muß innerhalb von fünf Arbeitstagen nach der Aufnahme des Jugendlichen dem zuständigen Ministerium mitgeteilt werden.

Die Beendigung einer Unterbringung muß innerhalb von drei Arbeitstagen nach dem Verlassen der Einrichtung dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft mitgeteilt werden.

§ 4. Die Einrichtung ist verpflichtet, der Unterbringungsinstanz jährlich sowie jederzeit auf deren Anfrage einen Bericht über die Entwicklung des Jugendlichen, über dessen Kontakte mit seiner Familie sowie eine Einschätzung über den weiteren Verlauf der Unterbringung des Jugendlichen zu übermitteln.

Art. 5 - § 1. Der minimale Personalbestand entspricht jeweils jahresdurchschnittlich 20 Vollzeitbeschäftigten für eine Aufnahmekapazität von 36 Jugendlichen, 15 Vollzeitbeschäftigten für eine Aufnahmekapazität von 27 Jugendlichen und 10 Vollzeitbeschäftigten für eine Aufnahmekapazität von 18 Jugendlichen. Der minimale Personalbestand muß aus folgenden Funktionen bestehen:

1. Für eine Aufnahmekapazität von 36 Jugendlichen:

Direktionspersonal:	1 Direktor
Verwaltungspersonal:	1 Sachbearbeiter
Unterhaltungspersonal:	1 Fachkraft
Erziehungspersonal:	17 Erzieher

2. Für eine Aufnahmekapazität von 27 Jugendlichen:

Direktionspersonal:	1 Direktor
Verwaltungspersonal:	1 Sachbearbeiter
Unterhaltungspersonal:	1 Fachkraft
Erziehungspersonal:	12 Erzieher

3. Für eine Aufnahmekapazität von 18 Jugendlichen

Direktionspersonal:	1 Direktor
Verwaltungspersonal:	1/2 Sachbearbeiter
Unterhaltungspersonal:	1/2 Fachkraft
Erziehungspersonal:	8 Erzieher

§ 2. Das Personal der Einrichtung muß folgende Qualifikationsbedingungen erfüllen:

Direktor: Diplom des Universitätsunterrichts oder des höheren Unterrichts (Graduat) oder des ihm gleichgestellten Unterrichts und eine Erfahrung von mindestens 3 Jahren, die für diese Funktion als nützlich erachtet wird.

Sachbearbeiter: Diplom der Oberstufe des Sekundarunterrichts.

Fachkraft: Das Diplom der Unterstufe des beruflichen Unterrichts.

Erzieher: Mindestens die Hälfte des in Artikel 5 § 1 erwähnten Erziehungspersonals muß das Diplom des höheren pädagogischen oder sozialen Hochschulunterrichts des kurzen Typs (Graduat) besitzen.

Höchstens 1/4 des Erziehungspersonals darf das Diplom einer Familienhelferin besitzen.

Das übrige Erziehungspersonal muß ein Abschlußdiplom für Studien mit pädagogischer oder sozialer Orientierung, das zumindest der Oberstufe des Sekundarunterrichts entspricht, vorweisen.

§ 3. Die in Artikel 5 § 2 erwähnten Familienhelferinnen können nur unter der Anweisung einer der in Artikel 5 § 2 erwähnten Erzieher, die über ein Diplom des höheren pädagogischen oder sozialen Unterrichtes des kurzen Typs (Graduat) verfügen, erzieherische Aufgaben wahrnehmen.

§ 4. Im Hinblick auf ihre erzieherische Aufgabe muß die Einrichtung ein jährliches Stundenkapital von 20 Stunden pro vollzeitbeschäftigten Erzieher für Weiterbildungen verwenden.

Im ersten Trimester eines jeden Jahres reicht die Einrichtung bei der Regierung eine Auflistung der Weiterbildungen ein, an denen die in Absatz 1 erwähnten Beschäftigten im vergangenen Jahr teilgenommen haben.

§ 5. Der zuständige Minister kann im Dringlichkeitsfall eine Sondergenehmigung für einen jeweils erneuerbaren Zeitraum von 1 Jahr zur Einstellung von Personalmitgliedern, die die in § 2 erwähnten Qualifikationen nicht vorweisen können, erteilen.

Art. 6 - § 1. Die Einrichtung richtet einen Antrag auf Anerkennung an das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit folgenden Unterlagen:

1. Die Identität des Antragstellers;
2. Die Identität und Qualifikation des Personals sowie die anwendbaren Gehaltstabellen;
3. Das in Artikel 3 § 2 des vorliegenden Erlasses erwähnte pädagogische Konzept;

§ 2. Die Regierung stellt der Einrichtung innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags auf Anerkennung ihren Beschluß zu. Wenn der Einrichtung innerhalb der vorgesehenen Frist kein Beschluß zugestellt wurde, ist davon auszugehen, daß die Einrichtung anerkannt worden ist.

§ 3. Der Antrag auf Verlängerung der Anerkennung ist frühestens sechs Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Gültigkeit der Anerkennung einzureichen. Er enthält die in § 1 vorgesehenen Unterlagen, insofern Änderungen eingetreten sind.

Die Regierung stellt der Einrichtung innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags über die Verlängerung ihren Beschluß zu. Wenn der Einrichtung innerhalb der vorgesehenen Frist kein Beschluß zugestellt wurde, ist davon auszugehen, daß die Anerkennung für einen erneuerbaren Zeitraum von 3 Jahren verlängert worden ist.

KAPITEL III. — Zuschuß

Art. 7 - § 1. Der Zuschuß erfolgt mittels Gewährung einer jährlichen Subvention, eines pauschalen Tagessatzes pro untergebrachten Jugendlichen und eventuellen in dem Geschäftsführungsvertrag festgelegten zusätzlichen Vorteilen. Auf begründeten Antrag können Sonderauslagen gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels rückerstattet werden.

§ 2. Unbeschadet der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses wird der Zuschuß in einem Geschäftsführungsvertrag festgelegt.

Art. 8 - Die jährliche Subvention, die den Einrichtungen gewährt wird, kann um den Betrag verringert werden, den die Einrichtung von öffentlichen Behörden oder von Einrichtungen, die von diesen Behörden subventioniert werden, erhält.

Besagte Beträge werden nur in Abzug gebracht, insofern sie zur Deckung von Ausgaben gewährt werden, die für die Berechnung der gewährten Zuschüsse durch die Deutschsprachige Gemeinschaft in Betracht kommen.

Art. 9 - Für die Bezuschussung wird ein maximaler Personalbestand berücksichtigt, der 23 Vollzeitbeschäftigten für eine Aufnahmekapazität von 36 Jugendlichen, 18 Vollzeitbeschäftigten für eine Aufnahmekapazität von 27 Jugendlichen und 12 Vollzeitbeschäftigten für eine Aufnahmekapazität von 18 Jugendlichen entspricht.

Art. 10 - Bei Ablehnung von Jugendlichen entgegen der in dem Geschäftsführungsvertrag festgelegten Aufnahmekriterien, kann die Bezuschussung anteilhaft reduziert werden.

Art. 11 - § 1. Der Einrichtung, die einen begründeten Antrag stellt, kann unter den im vorliegenden Erlaß und eventuell im Geschäftsführungsvertrag festgelegten Bedingungen eine Rückvergütung der Sonderauslagen gewährt werden, die sie für Jugendliche getätigt hat.

§ 2. Es kann keine Sonderauslage rückerstattet werden, wenn sie nicht vom zuständigen Minister zuvor genehmigt worden ist, mit Ausnahme der außerordentlichen Gesundheitspflege, deren Ausgaben 25.000,- BF nicht übersteigen und jeder begründeten dringenden Ausgabe, die dem Minister innerhalb von 3 Arbeitstagen mitgeteilt worden ist.

Die Einrichtung richtet ihren begründeten Antrag an den zuständigen Minister.

Die Sonderauslagen können rückerstattet werden, wenn eine Rechnung oder ein anderer gültiger Beleg vorliegt.

§ 3. Sonderauslagen sind Kosten:

- für die außerordentliche Gesundheitspflege;
- zur Deckung der Auslagen für den Besuch eines Minderjährigen in einer Schule des höheren Unterrichtswesens;
- für die Nachhilfestunden eines Jugendlichen in schulischen Belangen.

§ 4. Außerhalb der regelmäßigen Zahnkontrollen und Behandlungen ist unter "außerordentliche Gesundheitspflege" jene Behandlung zu verstehen, die nicht durch einen Allgemeinmediziner oder einen Kinderarzt erfolgen kann.

Die außerordentliche Gesundheitspflege muß, um als Sonderauslage verrechnet werden zu können, vom Haus- oder Kinderarzt verordnet werden oder von einem von der Gemeinschaft anerkannten Gesundheitsdienst empfohlen sein.

§ 5. Mit Ausnahme der vom Arzt verschriebenen Medikamente werden die Ausgaben bezüglich der außerordentlichen Gesundheitspflege nur durch Zuschüsse in Höhe der Beträge rückerstattet, die gemäß den gesetzlichen und ordnungsgemäßen Vorschriften bezüglich der Kranken- und Invalidenversicherung festgelegt sind.

§ 6. Die Kosten der Klinikaufenthalte werden durch Zuschüsse bis zur Höhe des Preises für einen Aufenthalt in einem Mehrbettzimmer rückerstattet.

Art. 12 - In folgenden Fällen kann eine Rückvergütung für Sonderauslagen rückgefordert werden:

1. wenn eine natürliche oder juristische Person entweder gesetzlich oder vertraglich oder aufgrund eines rechtskräftigen Urteils verpflichtet ist, diese Kosten zurückzuerstatten.
2. wenn die entstandenen Sonderauslagen die Folgen eines Fehlers, einer Nachlässigkeit oder einer Unvorsichtigkeit eines Personalmitgliedes der Einrichtung, der durch ein rechtskräftiges Urteil festgestellt wurde, sind.

Art. 13 - Der Minister kann unter außerordentlichen Umständen auf begründeten Antrag der Einrichtung, eine Rückvergütung zur Deckung von Sonderausgaben zu Gunsten von Jugendlichen gewähren, die nicht in den vorstehenden Artikeln vorgesehen sind.

Art. 14 - § 1. Jedes Jahr muß die Einrichtung spätestens am 1. Juni nach Abschluß des Rechnungsjahres die sich auf das vorige Rechnungsjahr beziehende Abrechnung dem zuständigen Ministerium unterbreiten. Aufgrund dieser Abrechnung erfolgt die Berechnung des effektiven jährlichen Zuschusses.

§ 2. Die Einrichtung legt jedes Jahr für das folgende Rechnungsjahr den Haushaltsplan der Ausgaben und der Einnahmen fest. Dem Haushaltsplan wird eine Notiz über die allgemeine Politik beigelegt.

Diese Haushaltspläne werden dem zuständigen Ministerium vor dem 1. November des Jahres, das dem Rechnungsjahr vorangeht, unterbreitet.

§ 3. Auszüge aus den Büchern über jede Art von Geschäftsvorgängen im Rahmen des bewilligten Zuschusses können im Bedarfsfall jederzeit beantragt werden.

Die Bücher und Originalbelege können jederzeit vor Ort durch Beauftragte des Ministeriums oder des Rechnungshofes überprüft werden.

KAPITEL IV. — *Sonderbestimmungen*

Art. 15 - Unbeschadet der Anwendung von Artikel 27 § 3 des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe und der Anwendung von innerbelgischen oder internationalen Kooperationsabkommen dürfen die Einrichtungen ohne ausdrückliche Genehmigung des zuständigen Ministers keinen Jugendlichen auf Beschluß einer Behörde, die ihren Sitz außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat, aufnehmen.

Art. 16 - Unbeschadet anderslautender innerbelgischer oder internationaler Kooperationsabkommen stellt die Einrichtung die Kosten der Unterbringung, die auf Beschluß einer Behörde, die ihren Sitz außerhalb des Gebietes deutscher Sprache hat, veranlaßt wurde, dieser Behörde in Rechnung.

Art. 17 - Unbeschadet anderslautender innerbelgischer oder internationaler Kooperationsabkommen wird bei der Unterbringung von Jugendlichen im Sinne von Artikel 1 außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Tagessubvention nach dem für die Aufnahmeeinrichtung geltenden Satz berechnet.

KAPITEL V. — *Übergangs-, Aufhebungs- und Schlussbestimmungen*

Art. 18 - Die Qualifikationen der vor Inkrafttreten vorliegenden Erlasses in den betreffenden Einrichtungen beschäftigten Personalmitglieder gelten als den im Artikel 5 erwähnten Qualifikationen entsprechend.

Art. 19 - Der Erlaß der Exekutive vom 14. Juni 1985 zur Festlegung der Regeln, die Anwendung finden auf die Bezuschussung der natürlichen oder juristischen Personen, Einrichtungen oder Anstalten, die sich bereit erklären zur Beherbergung von Minderjährigen, die aufgrund des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz untergebracht werden, abgeändert durch die Erlasse der Exekutive vom 2. Oktober 1986, 16. Dezember 1991 und durch die Erlasse der Regierung vom 20. Dezember 1995 und 12. Juli 1996, ist aufgehoben.

Art. 20 - Vorliegender Erlaß tritt am 1. Januar 1998 in Kraft.

Art. 21 - Der Minister für Jugend, Medien und Soziales ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 9. Januar 1998

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Der Minister-Präsident,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit
Familie und Senioren, Sport und Tourismus
J. MARAITE
Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 98 — 1884

[C - 98/33043]

9 JANVIER 1998. — **Arrêté du Gouvernement relatif à la reconnaissance et au subventionnement de personnes morales s'offrant à assurer la guidance résidentielle et ambulatoire de jeunes**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993 et 16 juillet 1993;

Vu la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse, modifiée en dernier lieu par la loi du 30 juin 1994;

Vu le décret du 20 mars 1995 relatif à l'aide à la jeunesse, notamment les articles 32 et 37, modifiés par le décret-programme du 20 mai 1997, et l'article 32bis, inséré par le décret-programme du 20 mai 1997;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 6 janvier 1998;

Vu l'avis favorable de l'Inspection des Finances, donné le 10 décembre 1997;

Vu l'avis émis par le Conseil de l'Aide à la Jeunesse;
Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par la loi du 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Attendu que le décret-programme du 20 mai 1997 est entré en vigueur le 2 juillet 1997 et qu'il modifie plusieurs dispositions du décret du 20 mars 1995 relatif à l'aide à la jeunesse;

Attendu que le présent arrêté, puisqu'il contient les dispositions portant exécution du décret modifié du 20 mars 1995 relatif à l'aide à la jeunesse, lequel renouvelle le fonctionnement et la mission des institutions et comprend des dispositions visant la subsidiarité de ces institutions, doit entrer immédiatement en vigueur afin de garantir la continuité du travail des institutions et de leur éviter des difficultés financières;

Sur la proposition du Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales,

Arrête :

CHAPITRE Ier - Généralités

Article 1^{er}. Le présent arrêté règle la reconnaissance et le subventionnement des personnes morales, appelées ci-après institutions, s'offrant à assurer la guidance résidentielle et ambulatoire de jeunes en vertu de la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse et du décret du 20 mars 1995 relatif à l'aide à la jeunesse.

Par jeune, on entend, au sens du présent arrêté, tout jeune en application du décret du 20 mars 1995.

CHAPITRE II - Reconnaissance

Art. 2. Pour être agréées, les institutions doivent répondre aux dispositions du présent chapitre.

Art. 3. § 1^{er}. Les institutions ont pour mission d'accueillir, d'observer et d'éduquer des jeunes. En outre, dans le cadre de l'aide à la jeunesse, l'institution peut se voir confier la guidance de jeunes vivant à l'extérieur de l'institution, dans leur famille ou de façon autonome mais sous surveillance.

La pédagogie de l'institution doit être orientée vers l'épanouissement, l'autonomie et l'intégration sociale des jeunes.

§ 2. Les institutions présentent au Gouvernement un projet pédagogique contenant entre autres, de manière détaillée, l'objectif et la méthode, les critères d'accueil, l'infrastructure, la réglementation des visites, la description des fonctions du personnel et la collaboration avec d'autres institutions.

Art. 4. § 1^{er}. L'institution doit pouvoir accueillir au moins 18 jeunes.

En ce qui concerne la capacité d'accueil mentionnée dans le présent arrêté, les jeunes dont la guidance s'effectue à l'extérieur sont assimilés aux jeunes accueillis au sein de l'institution.

§ 2. L'accueil de jeunes s'effectue selon les critères d'accueil établis dans un contrat de gestion passé entre le Gouvernement et l'institution.

§ 3. Tout accueil d'un jeune doit être communiqué au ministère compétent dans un délai de cinq jours ouvrables à compter de la prise en charge du jeune.

La fin d'un accueil doit être communiquée au Ministère de la Communauté germanophone dans un délai de trois jours ouvrables suivant le départ de l'institution.

§ 4. L'institution est tenue de transmettre à l'instance de placement, chaque année ainsi qu'à chacune de ses demandes, un rapport relatif à l'épanouissement du jeune, à ses contacts avec sa famille ainsi qu'une estimation quant à la manière dont l'accueil du jeune va se poursuivre.

Art. 5. § 1^{er}. L'effectif minimal correspond en moyenne annuelle à 20 emplois à temps plein pour une capacité d'accueil de 36 jeunes, 15 emplois à temps plein pour une capacité d'accueil de 27 jeunes et 10 emplois à temps plein pour une capacité d'accueil de 18 jeunes. L'effectif minimum du personnel doit comprendre les fonctions suivantes :

1° Pour une capacité d'accueil de 36 jeunes :

Personnel de direction	1 directeur
Personnel administratif :	1 rédacteur
Personnel d'entretien :	1 ouvrier spécialiste
Personnel éducatif :	17 éducateurs

2° Pour une capacité d'accueil de 27 jeunes :

Personnel de direction :	1 directeur
Personnel administratif :	1 rédacteur
Personnel d'entretien :	1 ouvrier spécialiste
Personnel éducatif :	12 éducateurs

3° Pour une capacité d'accueil de 18 jeunes :

Personnel de direction :	1 directeur
Personnel administratif :	1/2 rédacteur
Personnel d'entretien :	1/2 ouvrier spécialiste
Personnel éducatif :	8 éducateurs

§ 2. Le personnel de l'institution doit remplir les conditions de qualification suivantes :

Directeur : diplôme de l'enseignement universitaire ou supérieur (graduat) ou d'un enseignement y assimilé et une expérience de 3 ans minimum considérée comme utile pour cette fonction.

Rédacteur : diplôme de l'enseignement secondaire supérieur.

Ouvrier spécialiste : diplôme de l'enseignement professionnel inférieur.

Educateurs : La moitié au moins du personnel éducatif mentionné à l'article 5, § 1^{er} doit être porteur du diplôme de l'enseignement supérieur pédagogique ou social de type court (graduat).

Un quart au plus du personnel éducatif peut être porteur du diplôme d'aide familiale.

Le reste du personnel éducatif doit produire un diplôme de fin d'études à orientation pédagogique ou sociale correspondant au moins à l'enseignement secondaire supérieur.

§ 3. Les aides familiales mentionnées à l'article 5, § 2, ne peuvent assurer des missions éducatives que sous les ordres d'un des éducateurs cités à l'article 5, § 2, porteurs d'un diplôme de l'enseignement supérieur pédagogique ou social de type court (graduat).

§ 4. Dans la perspective de ses missions éducatives, l'institution doit affecter chaque année à la formation continue un capital horaire de 20 heures par éducateur occupé à temps plein.

Durant le premier trimestre de chaque année, l'institution remet au Gouvernement une liste des formations continues auxquelles ont pris part l'année précédente les travailleurs cités à l'alinéa 1^{er}.

§ 5. Le ministre compétent peut, en cas d'urgence, octroyer une autorisation spéciale d'une durée renouvelable d'un an permettant d'engager des membres du personnel qui ne peuvent présenter les qualifications mentionnées au § 2.

Art. 6. § 1^{er}. L'institution adresse au Ministère de la Communauté germanophone une demande d'agrément contenant les éléments suivants :

1° l'identité du requérant;

2° l'identité et la qualification du personnel ainsi que les échelles de traitement applicables;

3° le projet pédagogique dont question à l'article 3, § 2 du présent arrêté.

§ 2. Le Gouvernement signifie sa décision à l'institution dans les deux mois qui suivent l'introduction de la demande complète d'agrément. Si aucune décision n'a été signifiée à l'institution dans le délai prescrit, l'institution est censée être agréée.

§ 3. La demande de prorogation de l'agrément doit être introduite au plus tôt six mois et au plus tard trois mois avant l'expiration de la validité de l'agrément. Elle contient les éléments prévus au § 1^{er} pour autant que des modifications soient intervenues.

Le Gouvernement signifie sa décision à l'institution dans les deux mois qui suivent l'introduction de la demande complète de prorogation. Si aucune décision n'a été signifiée à l'institution dans le délai prescrit, l'agrément est censé être prorogé pour un terme renouvelable de trois ans.

CHAPITRE III - *Subsidiation*

Art. 7. § 1^{er}. La subsidiation s'effectue sous la forme d'une subvention annuelle, d'un prix journalier forfaitaire par jeune accueilli et d'éventuels avantages supplémentaires fixés dans le contrat de gestion. Sur demande motivée, des frais spéciaux peuvent être remboursés conformément aux dispositions du présent chapitre.

§ 2. Sans préjudice des dispositions du présent arrêté, la subsidiation est fixée dans un contrat de gestion.

Art. 8. La subvention annuelle allouée aux institutions peut être réduite à concurrence des montants versés à l'institution par des pouvoirs publics ou par des oeuvres que ces pouvoirs subventionnent.

Ces montants ne peuvent être déduits que s'ils sont octroyés pour couvrir des dépenses prises en considération pour calculer les subsides alloués par la Communauté germanophone.

Art. 9. Pour la subsidiation, il est tenu compte d'un effectif maximal correspondant à 23 emplois à temps plein pour une capacité d'accueil de 36 jeunes, à 18 emplois à temps plein pour une capacité d'accueil de 27 jeunes et à 12 emplois à temps plein pour une capacité d'accueil de 18 jeunes.

Art. 10. Si des jeunes sont refusés en faisant fi des critères d'accueil fixés dans le contrat de gestion, la subsidiation peut être réduite au prorata.

Art. 11. § 1^{er}. Aux conditions fixées dans le présent arrêté et éventuellement dans le contrat de gestion, des frais spéciaux exposés pour des jeunes peuvent être remboursés à l'institution qui introduit une demande motivée.

§ 2. Aucune dépense spéciale ne peut être remboursée si elle n'a été autorisée au préalable par le ministre compétent, à l'exception des soins de santé non courants dont le coût n'excède pas 25.000,- FB et de toute dépense urgente justifiée qui a été communiquée au ministre dans un délai de 3 jours ouvrables.

L'institution adresse sa demande motivée au ministre compétent.

Les dépenses spéciales ne peuvent être remboursées que sur production d'une facture ou d'un autre document probant.

§ 3. Les dépenses spéciales sont des frais exposés :

- pour les soins de santé non courants;

- pour couvrir les dépenses résultant de la fréquentation d'un établissement de l'enseignement supérieur par un mineur;

- pour les heures de rattrapage scolaire suivies par un jeune.

§ 4. A l'exception des contrôles dentaires et des traitements réguliers, on entend par «soins de santé non courants» tous soins qui ne peuvent être donnés par un médecin généraliste ou un pédiatre.

Les soins de santé non courants doivent, pour pouvoir être imputés comme frais spéciaux, avoir été prescrits par le médecin traitant ou le pédiatre ou avoir été recommandés par un service de santé reconnu par la Communauté.

§ 5. A l'exception des médicaments prescrits par le médecin, les dépenses afférentes aux soins de santé non courants ne sont remboursées par voie de subsides qu'à concurrence des montants fixés conformément aux dispositions légales et réglementaires en matière d'assurance maladie-invalidité.

§ 6. Les frais d'hospitalisation sont remboursés par voie de subsides à concurrence du prix de séjour en chambre commune.

Art. 12. Une répétition d'un remboursement indu de frais spéciaux peut être poursuivie dans les cas suivants :

1° si une personne physique ou morale est tenue légalement, conventionnellement ou en vertu d'un jugement exécutoire au remboursement de ces frais;

2° si les frais spéciaux exposés résultent d'une faute, d'une négligence ou d'une imprudence dans le chef d'un membre du personnel de l'institution, constatées par un jugement exécutoire.

Art. 13. Le ministre peut, dans des circonstances exceptionnelles et sur demande motivée de l'institution, octroyer un remboursement pour couvrir des dépenses spéciales engagées au profit de jeunes et non prévues aux articles précédents.

Art. 14. § 1^{er}. Chaque année, au plus tard le 1^{er} juin suivant la clôture de l'exercice, l'institution doit soumettre au ministre compétent le décompte se rapportant à l'exercice précédent. Sur base de ce décompte s'opère le calcul de la subvention annuelle effective.

§ 2. L'institution établit chaque année le budget des dépenses et le budget des recettes pour l'exercice suivant. Une note de politique générale y est annexée.

Ces budgets sont soumis au ministre compétent avant le 1^{er} novembre de l'année précédant l'exercice.

§ 3. Au besoin, des extraits des journaux relatifs à toutes sortes d'opérations effectuées dans le cadre de l'octroi du subside peuvent être réclamés à tout moment.

Les journaux et justificatifs originaux peuvent être vérifiés à tout moment sur place par des mandataires du Ministère ou de la Cour des Comptes.

CHAPITRE IV - *Dispositions particulières*

Art. 15. Sans préjudice de l'application de l'article 27, § 3 du décret du 20 mars 1995 relatif à l'aide à la jeunesse et de l'application d'accords de coopération belges ou internationaux, les institutions ne peuvent, sans l'autorisation expresse du Ministre compétent, accueillir un jeune sur décision d'une autorité dont le siège n'est pas situé en Communauté germanophone.

Art. 16. Sans préjudice d'accords de coopération belges ou internationaux contraires, les frais d'un accueil opéré sur décision d'une autorité dont le siège n'est pas situé en région de langue allemande lui sont facturés par l'institution.

Art. 17. Sans préjudice d'accords de coopération belges ou internationaux contraires, la subvention journalière allouée pour l'hébergement de jeunes au sens de l'article 1^{er} opéré en dehors de la Communauté germanophone est calculée selon le taux en vigueur pour l'institution d'accueil.

CHAPITRE V - *Dispositions transitoires, abrogatoires et finales*

Art. 18. Les qualifications des membres du personnel occupés dans les institutions concernées avant l'entrée en vigueur du présent arrêté sont considérées comme correspondant aux qualifications mentionnées à l'article 5.

Art. 19. L'arrêté de l'Exécutif du 14 juin 1985 fixant les règles applicables à la subsidiation des personnes physiques ou morales, des oeuvres ou établissements s'offrant à héberger des mineurs placés en vertu de la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse, modifié par les arrêtés de l'Exécutif des 2 octobre 1986, 16 décembre 1991 et par les arrêtés du Gouvernement des 20 décembre 1995 et 12 juillet 1996, est abrogé.

Art. 20. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 1998.

Art. 21. Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 9 janvier 1998.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, des Relations internationales,
de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées,
du Sport et du Tourisme
J. MARAITE

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation,
des Médias et des Affaires sociales
K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 98 — 1884

[C - 98/33043]

9 JANUARI 1998. — **Besluit van de Regering betreffende de erkenning en de subsidiëring van rechtspersonen die zich bereid verklaren om voor de residentiële en ambulante begeleiding van jongeren te zorgen**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993 en 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming, laatst gewijzigd bij de wet van 30 juni 1994;

Gelet op het decreet van 20 maart 1995 inzake hulpverlening aan de jeugd, inzonderheid op artikelen 32 en 37, gewijzigd bij het programmadecreet van 20 mei 1997, en op artikel 32bis, ingevoegd bij het programmadecreet van 20 mei 1997;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 6 januari 1998;
 Gelet op het gunstig advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 10 december 1997;
 Gelet op het advies van de Raad voor jeugdbijstand;
 Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wet van 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het programmadecreet van 20 mei 1997 op 2 juli 1997 in werking getreden is en meerdere bepalingen van het decreet van 20 maart 1995 inzake hulpverlening aan de jeugd wijzigt;

Overwegende dat voorliggend besluit, daar het de bepalingen tot uitvoering van het gewijzigde decreet van 20 maart 1995 inzake hulpverlening aan de jeugd bevat, hetgeen de werking en de opdracht van de inrichtingen hernieuwt en bepalingen tot subsidiëring van die inrichtingen bevat, onmiddellijk in werking moet treden om de continuïteit van de arbeid van de inrichtingen te garanderen en hen financiële moeilijkheden te besparen;

Op de voordracht van de Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,

Besluit :

HOOFDSTUK I - *Algemeenheden*

Artikel 1. Voorliggend besluit regelt de erkenning en de subsidiëring van de rechtspersonen, hierna inrichtingen genoemd, die zich bereid verklaren om voor de residentiële en ambulante begeleiding van jongeren te zorgen krachtens de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming en het decreet van 20 maart 1995 inzake hulpverlening aan de jeugd.

In de zin van dit besluit dient onder «jongere » de jongere met toepassing van het decreet van 20 maart 1995 te worden verstaan.

HOOFDSTUK II - *Erkenning*

Art. 2. Om erkend te worden moeten de inrichtingen aan de bepalingen van dit hoofdstuk beantwoorden.

Art. 3. § 1. De inrichtingen hebben als opdracht jongeren op te nemen, te observeren en op te voeden. Bovendien kan de inrichting, in het kader van de hulpverlening aan de jeugd, met de begeleiding van jongeren belast worden die buiten de inrichting leven, in hun gezin of op zelfstandige voet echter onder toezicht.

De pedagogie van de inrichting moet op de ontplooiing, de autonomie en de sociale integratie van de jongeren gericht zijn.

§ 2. De inrichtingen leggen de Regering een pedagogisch project voor dat o.a. het doel en de methode, de opnamecriteria, de infrastructuur, de bezoeksregeling, de beschrijving van de functies van het personeel en de samenwerking met andere inrichtingen op een gedetailleerde wijze vermeldt.

Art. 4. § 1. De inrichting moet ten minste 18 jongeren kunnen opnemen.

Voor de opnamecapaciteit bedoeld in dit besluit worden de jongeren wier begeleiding buiten de inrichting plaatsvindt met degenen gelijkgesteld die in de inrichting leven.

§ 2. De opname van jongeren gebeurt volgens de opnamecriteria die vastgelegd zijn in een beheerscontract afgesloten door de Regering en de inrichting.

§ 3. Elke opname van een jongere moet aan het bevoegde ministerie binnen de vijf werkdagen na de tenlasteneming van de jongere medegedeeld worden.

Het einde van een opname moet aan het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap binnen de drie werkdagen na het vertrek medegedeeld worden.

§ 4. De inrichting moet aan de plaatsingsinstantie, jaarlijks en op haar verzoek, een bericht laten toekomen over de ontplooiing van de jongere, zijn betrekkingen met zijn gezin alsmede een schatting van de wijze waarop de opname van de jongere zal doorgaan.

Art. 5. § 1. In jaarlijkse doorsnede belooft de minimale personeelsbezetting 20 voltijdse betrekkingen voor een opnamecapaciteit van 36 jongeren, 15 voltijdse betrekkingen voor een opnamecapaciteit van 27 jongeren en 10 voltijdse betrekkingen voor een opnamecapaciteit van 18 jongeren. De minimale personeelsbezetting moet volgende functies omvatten :

1° Voor een opnamecapaciteit van 36 jongeren :

Leidend personeel :	1 directeur
Administratief personeel :	1 opsteller
Onderhoudspersoneel :	1 vakman
Opvoedend personeel :	17 opvoeders

2° Voor een opnamecapaciteit van 27 jongeren

Leidend personeel :	1 directeur
Administratief personeel :	1 opsteller
Onderhoudspersoneel :	1 vakman
Opvoedend personeel :	12 opvoeders

3° Voor een opnamecapaciteit van 18 jongeren

Leidend personeel :	1 directeur
Administratief personeel :	1/2 opsteller
Onderhoudspersoneel :	1/2 vakman
Opvoedend personeel :	8 opvoeders

§ 2. Het personeel van de inrichting moet qua kwalificatie aan volgende bepalingen voldoen :

Directeur : diploma van het universitair of van het hoger onderwijs (graduaat) of van een ermee gelijkgesteld onderwijs en een ervaring van ten minste drie jaar die voor die functie als nuttig beschouwd wordt

Opsteller : diploma van het hoger secundair onderwijs

Vakman : diploma van het lager beroepsonderwijs

Opvoeders : Ten minste de helft van het opvoedende personeel bedoeld in artikel 5, § 1 moet houder zijn van het diploma van het pedagogisch of social hoger onderwijs van het korte type (graduaat).

Ten hoogste één vierde van het opvoedende personeel mag houder zijn van het diploma van gezinshelpster.

Het overige opvoedende personeel moet houder zijn van een eindexamen van studies met een pedagogische of sociale oriëntatie dat ten minste met het hoger secundair onderwijs overeenstemt.

§ 3. De gezinshelpsters bedoeld in artikel 5, § 2, mogen opvoedende opdrachten slechts onder het gezag van één der opvoeders uitvoeren die in artikel 5, § 2 bedoeld zijn en houder zijn van een diploma van het pedagogisch of sociaal hoger onderwijs van het korte type (graduaat).

§ 4. Met het oog op haar opvoedende opdrachten moet de inrichting jaarlijks een urenpakket aan de voortdurende vorming besteden, t.w. 20 uren per opvoeder met een voltijdse betrekking.

Jaarlijks in de loop van het eerste trimester legt de inrichting een lijst aan de Regering voor met de voortdurende vormingen die tijdens het afgelopen jaar door de werknemers bedoeld in het eerste lid gevolgd werden.

§ 5. De bevoegde minister kan, bij spoedgevallen, een bijzondere vergunning voor een hernieuwbare termijn van één jaar toekennen met het oog op de aanwerving van personeelsleden die de kwalificatie bedoeld in § 2 niet kunnen bewijzen.

Art. 6. § 1. De inrichting zendt het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap een verzoek om erkenning met volgende gegevens toe :

1° de identiteit van de aanvrager;

2° de identiteit en de kwalificatie van het personeel alsmede de toepasselijke weddeschalen;

3° het pedagogisch project bedoeld in artikel 3, § 2 van voorliggend besluit.

§ 2. De Regering betekent haar beslissing aan de inrichting binnen de twee maanden na het indienen van het volledige verzoek om erkenning. Wordt de inrichting geen beslissing binnen de bepaalde termijn betekend, dan wordt de inrichting geacht erkend te zijn.

§ 3. Het verzoek om verlenging van de erkenning moet ten vroegste zes maanden en ten laatste drie maanden voordat de geldigheid van de erkenning vervalt, ingediend worden. Zij bevat de in § 1 bedoelde gegevens voor zover wijzigingen hebben plaatsgevonden.

De Regering betekent haar beslissing aan de inrichting binnen de twee maanden na het indienen van het volledige verzoek om verlenging van de erkenning. Wordt de inrichting geen beslissing binnen de bepaalde termijn betekend, dan wordt de erkenning geacht voor een hernieuwbare termijn van drie jaar verlengd te zijn.

HOOFDSTUK III - *Subsidiëring*

Art. 7. § 1. De subsidiëring gebeurt in de vorm van een jaarlijkse toelage, een forfaitaire verpleegdagprijs per opgenomen jongere en eventuele bijkomende voordelen bepaald in het beheerscontract. Op met redenen omkleed verzoek kunnen bijzondere kosten overeenkomstig de bepalingen van voorliggend hoofdstuk terugbetaald worden.

§ 2. Onverminderd de bepalingen van voorliggend besluit wordt de subsidiëring in een beheerscontract vastgesteld.

Art. 8. De jaarlijks aan de inrichtingen toegekende toelage kan met de bedragen verminderd worden die openbare besturen of door hen gesubsidieerde instellingen aan de inrichting hebben uitgekeerd.

Met die bedragen wordt pas rekening gehouden, indien ze worden verleend om uitgaven te dekken die in aanmerking komen voor de berekening van de door de Duitstalige Gemeenschap toegekende subsidies.

Art. 9. Voor de subsidiëring wordt een maximale personeelsbezetting in aanmerking genomen, ten belope van 23 voltijdse betrekkingen voor een opnamecapaciteit van 36 jongeren, 18 voltijdse betrekkingen voor een opnamecapaciteit van 27 jongeren en 12 voltijdse betrekkingen voor een opnamecapaciteit van 18 jongeren.

Art. 10. Worden jongeren geweigerd door de opnamecriteria vastgesteld in het beheerscontract te negeren, dan kan de subsidiëring naar rato verkort worden.

Art. 11. § 1. Onder de voorwaarden gesteld bij dit besluit of eventueel bij het beheerscontract kunnen aan de inrichting bijzondere ten gunste van opgenomen jongeren aangegane kosten terugbetaald worden, indien zij daartoe een met redenen omkleed verzoek indient.

§ 2. Geen enkele bijzondere uitgave wordt terugbetaald als daartoe geen machtiging wordt verleend door de Minister, met uitzondering van de niet gewone geneeskundige verzorging waarvan de kosten 25.000 BF niet overschrijden en van elke dringende verantwoorde uitgave die binnen drie werkdagen aan de Minister medegedeeld is.

De inrichting richt het met redenen omkleed verzoek aan de bevoegde Minister.

De bijzondere uitgaven kunnen niet worden terugbetaald dan na overlegging van een factuur of van enig ander stuk tot staving.

§ 3. Bijzondere uitgaven zijn kosten m.b.t.

- de niet gewone geneeskundige verzorging;

- het bezoek van een inrichting van het hoger onderwijs door een minderjarige;

- de inhaalcurssussen voor een jongere.

§ 4. Met uitzondering van de regelmatige tandheelkundige controles en behandelingen dient onder « niet gewone geneeskundige verzorging » elke behandeling te worden verstaan die niet door een algemeen geneeskundige of een kinderarts kan worden uitgevoerd.

Om als bijzondere kosten in aanmerking genomen te worden, moet de niet gewone geneeskundige verzorging door een huisarts of door een kinderarts voorgeschreven zijn of door een gezondheidsdienst aanbevolen zijn die door de Gemeenschap erkend is.

§ 5. Met uitzondering van de door de arts voorgeschreven geneesmiddelen worden de uitgaven met betrekking tot niet gewone geneeskundige verzorging slechts ten belope van de overeenkomstig de wettelijke en reglementaire verordeningen inzake ziekte- en invaliditeitsverzekering vastgestelde bedragen door middel van een toelage terugbetaald.

§ 6. De prijs van het verblijf in een ziekenhuis wordt door middel van een toelage terugbetaald ten belope van de prijs voor een verblijf in een gemeenschappelijke kamer.

Art. 12. In de volgende gevallen kan de terugbetaling van bijzondere kosten teruggevorderd worden :

1° als een natuurlijke of rechtspersoon wettelijk, bij overeenkomst of ingevolge een rechterlijke beslissing tot terugbetaling van die kosten gehouden is;

2° als de aangegane bijzondere kosten te weten zijn aan een fout, nalatigheid of onvoorzichtigheid van een personeelslid van de inrichting, vastgesteld bij een in kracht van gewijsde gegaan vonnis.

Art. 13. In uitzonderlijke omstandigheden en op met redenen omkleed verzoek van de inrichting kan de Minister bijzondere ten gunste van jongeren aangegane uitgaven terugbetalen die in de vorige artikelen niet vermeld zijn.

Art. 14. § 1. Jaarlijks vóór de 1 juni volgend op de afsluiting van het dienstjaar moet de inrichting de eindrekening betreffend het afgelopen dienstjaar aan de Minister overmaken. De werkelijke jaarlijkse toelage wordt op basis van die eindrekening berekend.

§ 2. Jaarlijks legt de inrichting de uitgaven- en ontvangstenbegrotingen vast voor het volgende dienstjaar. Een algemene beleidsnota wordt bij die begrotingen gevoegd.

De begrotingen worden aan de bevoegde Minister vóór de 1 november voorgelegd die het dienstjaar voorafgaat.

§ 3. Om uittreksels uit de boeken over elke verrichting in het kader van de toegekende toelagen kan, zo nodig, te allen tijde gevraagd worden.

Te allen tijde kunnen de gemachtigden van het Ministerie of van het Rekenhof de boeken en de originele stukken tot staving ter plaatse inzien.

HOOFDSTUK IV - *Bijzondere bepalingen*

Art. 15. Onverminderd de toepassing van artikel 27, § 3 van het decreet van 20 maart 1995 inzake hulpverlening aan de jeugd en van binnenlandse of internationale samenwerkingsakkoorden mogen de inrichtingen, zonder de uitdrukkelijke machtiging van de bevoegde Minister, geen jongere opnemen op beslissing van een overheid die haar zetel buiten het Duitse taalgebied heeft.

Art. 16. Onverminderd tegenstrijdige binnenlandse of internationale samenwerkingsakkoorden vermeldt de inrichting de opnamekosten in de rekening ten laste van de overheid met zetel buiten het Duitse taalgebied op wier beslissing de opname plaatsvindt.

Art. 17. Indien jongeren in de zin van artikel 1 buiten de Duitstalige Gemeenschap opgenomen worden, dan wordt de dagprijs - onverminderd tegenstrijdige binnenlandse of internationale samenwerkingsakkoorden - volgens de voet berekend die van toepassing is op het betrokken onthaalhuis.

HOOFDSTUK V - *Overgangs-, opheffings- en slotbepalingen*

Art. 18. De kwalificaties van de personeelsleden die vóór de inwerkingtreding van voorliggend besluit in de betrokken inrichtingen tewerkgesteld waren, wordt gelijkgesteld met degene bedoeld in artikel 5.

Art. 19. Het besluit van de Executieve van 14 juni 1985 tot vaststelling van de regels die van toepassing zijn op de subsidiëring van natuurlijke of rechtspersonen, verenigingen en inrichtingen die zich bereid verklaren minderjarige geplaatst overeenkomstig de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming op te nemen, gewijzigd bij de besluiten van de Executieve van 2 oktober 1986, 16 december 1991 en bij de besluiten van de Regering van 20 december 1995 en 12 juli 1996, wordt opgeheven.

Art. 20. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 1998.

Art. 21. De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 9 januari 1998

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,
Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen,
Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme
J. MARAITE

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden
K.-H. LAMBERTZ